

DRINGLICHKEITSANTRAG

Der Landtagsklub **impuls-tirol**

vertreten durch die Abgeordneten Dipl.-Päd. Maria Zwölfer, KO DI Hans Lindenberger und Josef Schett

betreffend:

„Österreichweite, einheitliche Mindestsicherung - basierend auf der von der Tiroler Landesregierung beschlossenen Regelung“

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, den Beschluss zu fassen, LH Günther Platter in seiner derzeitigen Funktion als Vorsitzender der LH-Konferenz zu beauftragen, eine österreichweite, einheitliche Mindestsicherung analog zu der am 17.1.2017 von der Tiroler Landesregierung beschlossenen Regelung für das Bundesland Tirol durch entsprechende Verhandlungen mit seinen Amtskollegen zu erzielen.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten.

BEGRÜNDUNG:

Die derzeitige, in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabte Frage der Mindestsicherung führt zu einer Ungleichbehandlung der Menschen in einer Notlage innerhalb Österreichs.

Nachdem sich im Zuge der Flüchtlingsbewegungen der vergangenen zwei Jahre der Kreis der Mindestsicherungsbezieher deutlich vergrößert hat, ist eine bundesweite, einheitliche Regelung sämtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Mindestsicherung dringend notwendig. Nur durch eine solche einheitliche Regelung kann eine Gleichbehandlung aller in

Not geratener Mitbürger gewährleistet und ein „Mindestsicherungstourismus“ in Bundesländer mit einer großzügigeren Lösung dieser Frage verhindert werden.

Nachdem eine solche, dringend notwendige einheitliche Lösung an der mangelnden Konsensbereitschaft einiger Bundesländer scheiterte, ist die LH-Konferenz unter dem Vorsitz von LH Günther Platter geradezu prädestiniert, durch geschickte Verhandlungsführung und mit dem nötigen Nachdruck dieses Problem zu lösen.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass die derzeitige Vorsitzführung des Tiroler Landeshauptmannes bei der LH-Konferenz auf 6 Monate begrenzt ist und die bisherigen Verhandlungserfahrungen gezeigt haben, dass sich diese als langwierig herausstellen könnten. Aus diesem Grund sind die Verhandlungen sofort aufzunehmen, um innerhalb der Vorsitzperiode auch ein Ergebnis erzielen zu können.

Innsbruck, am 6. Jänner 2017

Maria Quölz
G. Platter G. L. L. L.